



*Beschluss der Landesmitgliederversammlung vom 19. Juli 2009 in Stuttgart*

## ***Ablehnung von Netzsperrern***

Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg lehnt die sogenannten „Netzsperrern“ vehement ab. Die Familienministerin Ursula von der Leyen verkauft diese als Mittel zur Bekämpfung von Kinderpornographie, obwohl sie eher eine Art Sichtschutz darstellen.

Zusätzlich zur mangelnden Wirksamkeit besteht die Gefahr der Ausweitung dieser Sperren auf andere Inhalte oder Themen. Dies wäre technisch sehr leicht möglich, sobald eine entsprechende Infrastruktur unter dem Deckmantel der Bekämpfung von Kinderpornographie erst einmal geschaffen ist. Diese Ausweitung wird von einigen PolitikerInnen der großen Koalition auch bereits gefordert.

Außerdem bestehen erhebliche rechtsstaatliche Bedenken, weil hier ohne richterliche Kontrolle Inhalte im Netz kontrolliert und gesperrt werden sollen.

Kinderpornographie muss gelöscht werden und nicht durch technisch und rechtlich äußerst zweifelhafte Maßnahmen aus dem Blickfeld genommen werden. Nicht umsonst lehnen auch Missbrauchstopfer wie der Verein MOGIS diese Sperren ab.

Wir stellen uns somit ausdrücklich hinter die Petition von über 130.000 – meist jungen – Menschen mit dem gleichen Anliegen und begrüßen es, dass im grünen Bundestagswahlprogramm eine klare Ablehnung dieses Einstiegs in die Internetzensur steht.

Mit Ärger haben wir zur Kenntnis genommen, dass sich entgegen der Beschlusslage im Wahlprogramm in der grünen Bundestagsfraktion 15 Abgeordnete der Stimme enthalten haben. Gerade als Vertreterinnen und Vertreter der jungen Generation hätten wir uns eine einstimmige Ablehnung des Gesetzes gewünscht und distanzieren uns daher ausdrücklich von den Enthaltungen.

Im Wahlkampf werden wir uns in Übereinstimmung mit der Bundespartei und dem Bundesverband der GRÜNEN JUGEND klar dafür einsetzen, dass das Internet nicht mehr und mehr zum bürgerInnenrechtsfreien Raum wird.